

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

ich möchte noch einiges hinzufügen. Ich möchte noch einmal auf einen Artikel in der ZEIT hinweisen, der jetzt im Sommer erschienen ist. Ich hoffe, den haben Sie alle zur Kenntnis genommen. In diesem Artikel „Oder soll man es lassen?“ wird ernsthaft in lockerem Plauderton darüber diskutiert, ob man Flüchtlinge im Mittelmeer retten sollte oder nicht oder ob man sie lieber ertrinken lassen sollte. Ein Pro und Contra, ganz sachlich wird ernsthaft darüber diskutiert, in der ZEIT, ich wiederhole es noch einmal.

Das ist es, was Wilhelm Heitmeyer in seiner Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ gemeint hat mit der „Verrohung der Mittelschicht“. Genau das ist es!

Wenn wir uns hier nicht eindeutig positionieren, im Bund, im Land und in der Kommune, in dieser momentanen aufgeheizten Situation und hier nicht klar Stellung beziehen, dann sind wir nicht besser als das Pegida-Gesindel, das sich in Leipzig zusammengerottet hat, und bei dem der Mob, als es um private Seenotrettung ging: „Absaufen, Absaufen,...!“ skandiert hat. Ja, das ist für mich Gesindel! Solche Leute sind für mich Gesindel! Wir reden hier schließlich über den Tod von Menschen, darunter zighundert Kinder in den letzten Jahren. Das möchte ich hier noch einmal erwähnen. Die ZEIT formuliert es nur sachlicher: Pro und Contra.

Bei allem Verständnis dafür, dass Gelsenkirchen sich stark engagiert hat und das gestehe ich wirklich zu, dass Gelsenkirchen hier viel geleistet hat und dass hier enorme Anstrengungen unternommen wurden bei der Integration und Unterbringung von Flüchtlingen. Bei der Finanzierung dieser Aufgaben sind hier das Land und der Bund in der Pflicht.

Das Ganze wäre mit Leichtigkeit zu finanzieren, schließlich sind wir das reichste Land des europäischen Kontinents, wenn wir auch nur Kürzungen beim Rüstungshaushalt vornehmen würden. Für Rüstung sind offenbar immer innerhalb von Tagen oder Wochen Milliarden verfügbar. Das ist Geld, das für solche humanitären und sozialen Aufgaben im Haushalt fehlt.

Kann sich übrigens irgendjemand daran erinnern – ich habe das mal in meinem Gedächtnis Revue passieren lassen – dass es von Frau Merkel, von unserer Regierung, eine Aufforderung an die Vereinigten Staaten, an Großbritannien oder Frankreich gab, die für die Bombardements in Libyen, Afghanistan und Irak verantwortlich zeichneten, teilweise unter Beteiligung Deutschlands, teilweise nicht, mehr Flüchtlinge aufzunehmen? Ich kann mich daran nicht erinnern. Hier müsste es doch quasi nach dem Verursacherprinzip gehen. Wer dafür verantwortlich ist, dass Menschen durch völkerrechtswidrige Kriege auf die Flucht getrieben werden, müsste auch später für die Versorgung der Flüchtlinge Verantwortung übernehmen.

Wir kritisieren zu Recht Trump, weil er eine Mauer bauen lässt, um sich von Mexiko abzuschotten. Aber, auch wir haben eine Mauer: sie heißt Mittelmeer!

Wir bezeichnen uns gerne als Staat mit christlichen Traditionen, als westliche Wertegemeinschaft, aber die christlichen Werte scheinen immer wieder dann zur Disposition zu stehen, wenn es aus ökonomischen Erwägungen opportun zu sein scheint. Und das ist nicht länger hinnehmbar. Gerade jetzt nicht in dieser aufgehetzten Stimmung.

Danke.

Es gilt das gesprochene Wort.

Weitere Antwort nach einem Beitrag der Allianz für Gelsenkirchen (FAG)::

Ja, es gibt Tote in diesem Land und damit meine ich nicht nur die 1500 Toten im Mittelmeer allein in diesem Jahr, über die wir hier reden. Wir haben ca. 200 Tote durch rechtsextreme Gewalt in der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung. Und das ist die konservative Zahl. Ich denke, umso wichtiger ist es, ein Signal zu senden gegen diese rechten Tendenzen.

Weitere Antwort nach Beiträgen von CDU und SPD:

Ich frage mich zuweilen, ob hier einer dem anderen zuhört. Es gibt hier immer die Tendenz, bewusst missverstehen zu wollen. Es tut mir leid, aber ich habe nicht behauptet, jemand der dieser Vorlage nicht zustimmt, sei Gesindel. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe hier sehr allgemein formuliert, dass Bund, Land und Kommune hier aufgefordert sind, sich in dieser aufgehetzten Situation klar zu positionieren. Ich gestehe jedem zu, aufgrund eigener Überlegungen, Bedenken und Einwände zu anderen Schlussfolgerungen zu kommen. Damit kann ich leben. Das nennt man Demokratie und das muss man akzeptieren.

Es gilt das gesprochene Wort.